

Schulzendorfer Straße 2
Ausbaustreit geht weiter

Harald Poelchau 3
Erinnerungen eines Betroffenen

8. Mai: Zeichen setzen!

Anlässlich des Beschlusses der Reinickendorfer BVV, den 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des zweiten Weltkrieges in Europa im Bezirk würdig zu begehen, hat sich der Bezirksvorsitzende der PDS, Klaus Rathmann, mit einem offenen Brief an Bezirksbürgermeisterin Frau Wanjura gewandt.

„Ich würde es begrüßen und fände es dem besonderen Anlass dieses Jahrestages angemessen, wenn zur traditionellen Kranzniederlegung des Bezirksamtes und der BVV am 8. Mai Widerstandskämpfer und Verfolgte des Naziregimes unseres Bezirkes eingeladen und geehrt würden. Für das Bezirksamt und die BVV wäre es Gelegenheit, ebenfalls ein besonderes Zeichen in der Auseinandersetzung mit aktuellen Erscheinungen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu setzen, wenn sie im Rahmen der Kranzniederlegung die Tätigkeit des „Bündnisses für ein tolerantes und weltoffenes Reinickendorf“ sowie von ebenso engagierten

Projekten und Initiativen unseres Bezirkes würdigten.

Im Bezirk Reinickendorf gibt es eine Reihe von Gedenktafeln zu Ehren von verfolgten und ermordeten antifaschistischen Widerstandskämpfern, Ehrengräber sowie Gräber von ehemaligen sowjetischen Zwangsarbeitern, an denen man im Alltag meist unachtsam vorüber geht. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort würden - durch die Bezirksbürgermeisterin aufmerksam gemacht - sicher Ihrem Aufruf gern folgen, anlässlich des bevorstehenden Jahrestages - wie schon für Oberst Wilhelm Staehle am 23. April in Frohnau - an weiteren Gedenktafeln und Gräbern Blumen niederzulegen.“



1945: „Vati, was wolltest du eigentlich in Stalingrad?“
Zeichnung: Barlog

Ehre ihrem Andenken

Zwischen 1933 und 1945, in der finstersten Zeit unserer Geschichte, wagten Reinickendorfer Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Anhänger religiöser Gruppen, bürgerliche und militärische Oppositionelle aus Menschlichkeit und Gesinnungstreue im Widerstand gegen die faschistische Diktatur den Einsatz ihres Lebens. In den SA-Folterkammern, Zuchthäusern und Konzentrationslagern wurden misshandelt, erschlagen, in den Tod getrieben:

1942

- der Pädagoge Hermann Schulz aus Reinickendorf-Ost
- die Mitglieder der „Roten Kapelle“ Hans und Hilde Coppi aus Borsigwalde

1943

- die Dekorateurin Frida Wagenknecht aus Tegel

•Karl Neuhofaus Frohnau

- die kaufmännische Angestellte Ruth Österreich aus der „Weißen Stadt“

- der Schlosser Emil Nehring und weitere sechs Gewerkschafter aus den Teves-Werken in Wittenau

1944

- die Mitglieder der Widerstands-

gruppe „Mannhart“ bei Rheinmetall-Borsig - die Bauarbeiter Otto Dressler aus Heiligensee und Friedrich Lüben aus Borsigwalde, der Schlosser Albert Brust und der Konditor Otto Haase aus Tegelort

- der Maschinenschlosser Walter Budeus aus Lübars und weitere elf Mitglieder der Uhrig-Gruppe

1945

- der Oberst Wilhelm Staehle aus Frohnau
- der Tischler Richard Neumann aus Konradshöhe und viele andere

(H.-R. Sandvoß, Widerstand in Pankow und R'dorf, 1994)

**Nie wieder
Krieg, nie
wieder
Faschismus!**

Zum Schluss nur noch Verlierer?

Schulzendorfer Straße: Anlieger wehren sich weiter

Es ist inzwischen weit mehr als ein Possenspiel. Die Auseinandersetzung zwischen Reinickendorfer Bürgern und dem Bezirksamt (BA), vertreten durch Baustadtrat Dr. Wegner (CDU), gerät zu einem Kraftakt zwischen den Akteuren und hat faktisch eine neue Qualität erreicht.

Nachdem das von der Interessengemeinschaft Schulzendorfer Straße (IG) in Auftrag gegebene Gutachten (s. WiR 4/05) von Dr. Wegner in der letzten BVV brüsk abqualifiziert wurde und auch eine Stellungnahme des bezirklichen Straßenbauamtes vorliegt, hat die IG schon eine Gegendarstellung vorgenommen. Sie wirft dem Bezirksamt den Versuch vor, „das Gutachten in Misskredit zu bringen“ und „über technisch konstruierte Fragestellungen, die das Gutachten nicht beantwortete, (...) Kompetenz vorzugeben.“ Insbesondere wird auf die fachtechnischen Aspekte eingegangen und Argumente, die das Bezirksamt anführt, werden aus Sicht der IG detailliert widerlegt. Völlig unklar bliebe, warum inzwischen nur noch von 800 000 Euro für den Straßenausbau die Rede sei.

Inzwischen werden seitens des Bezirksamtes allerdings Fakten geschaffen: Die ersten Bäume wurden gefällt – die Kritik des Naturschutzbundes ließ verständlicher Weise nicht lange auf sich warten.

Schließlich gibt es eine gesetzliche Baumschutzzeit von März bis September. Das Bezirksamt hatte die Grundstückseigner um Zustimmung zu den Fällungen gebeten und „bei einem Drittel, die auf Schreiben nicht reagierten, habe das Bezirksamt die Nicht-Antwort als Einverständnis ausgelegt.“ Wieder ein Beispiel für das sehr spezielle Reinickendorfer Demokratieverständnis. Bemängelt werden von der IG auch fehlende Dialogbereitschaft des Bezirksamtes und der führenden CDU-BezirkspolitikerInnen.

Das Fazit: „Nach den bisherigen Erfahrungen beim Ausbau Schulzendorfer Straße mit dem Bezirksamt Reinickendorf muss festgestellt werden, dass Steuergelder verschwendet und Bürger entmündigt werden. Kommunale Mitbestimmung gibt es im Bezirk Reinickendorf nicht – oder besser: noch nicht!“

Auch die Unterstützung der IG durch die PDS Reinickendorf hat sich gelohnt: Auf Antrag der PDS wird der Ausbau der Schulzendorfer Straße Thema in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus sein. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

Einiges spricht inzwischen dafür, dass es in dieser Auseinandersetzung nur Verlierer geben wird - nicht zuletzt wird wieder einmal das Vertrauen von Bürgern in eine funktionierende Demokratie seitens der Politik enttäuscht. **Horst Jusch**

38.Sitzung, 13.4.2005

Vor vollen Besucherrängen setzten Bezirksbürgermeisterin Wanjura und die CDU-Fraktion mit einer dringlichen Großen Anfrage (GA) ihre eigennützige Kampagne im Zusammenhang mit der Einrichtung einer forensisch-therapeutischen Ambulanz in Tegel fort. Auf seine Erklärung als SPD-Kreisvorsitzender angesprochen, forderte Baustadtrat Senftleben die politisch Verantwortlichen des Bezirkes auf, die Situation nicht weiter aufzuheizen und nach der Entscheidung des Senats gemeinsam über Lösungen nachzudenken, wie dem Sicherheitsbedürfnis der Anwohner entsprochen werden kann.

Die CDU nahm die Entscheidung des jüngsten SPD-Landesparteitages, Werteunterricht als Pflichtfach einzuführen und daneben den Religionsunterricht wie bisher als freiwilliges Schulfach fortzusetzen und zu finanzieren, zum Anlass für kaum zu überbietende politische Ausfälle gegen die „weltfremde“ SPD (s. S.4). Der CDU-Antrag „Religion als Wahlpflichtfach“ (Drs.1134/XVII) fand die Unterstützung von FDP und zwei Verordneten von B90/Grüne.

Die CDU-/FDP-Mehrheit versagte dem ausführlich in zwei BVV-Ausschüssen erörterten Auftrag an das Bezirksamt die Zustimmung, bei den weiteren Verhandlungen mit dem Senat und den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf und Spandau über die Bildung eines Kita-Eigenbetriebes die Reinickendorfer Interessen gebührend zu wahren (Drs.1113/XVII). Dieser „doppelte Salto rückwärts mit dreifacher Schraube“- so die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses Anke Petters (B90)- führe von den Realitäten weg und schade dem Bezirk.

Die Antwort des Bezirksamtes auf eine GA von B90 zum „TÜV-Gutachten zur Schulzendorfer Straße“ (Drs.1130/XVII) überforderte die BVV ganz offensichtlich. Baustadtrat Dr. Wegner (CDU) verlas eine Stellungnahme des zuständigen Amtes - und setzte sich. In zwei Ausschüssen wird das Gutachten nun diskutiert (s. nebenstehend).

Gegen die Stimmen von B90 und der Einzelverordneten lehnte die BVV Renate Herranens Antrag vom Mai 2004 ab, das Bezirksamt möge der BVV jährlich über die Zusammenarbeit des Bezirkes mit der EU berichten. **K.G.**

WiR dokumentiert

Wir dokumentieren in Auszügen die Antwort der Senatverwaltung für Stadtentwicklung vom 7. April 2005 auf eine Kleine Anfrage von Jutta Matuschek (PDS/MdA) vom 22. Februar 2005 zu „Unerschlossenen Hauptstraßen“:

„Eine Straße hat selbst kein Erschließungsbedürfnis, kann folglich nicht „erschlossen“ oder „noch nicht voll erschlossen“ sein. Eine Anbaustraße dient in erster Linie der Erschließung von Grundstücken und erst in zweiter Linie dem Verkehr...“

Die Erhebung des Erschließungsbeitrages ist Bezirksaufgabe. Die Bezirke entscheiden in eigener Zuständigkeit und Verantwortung über die Erhebung des Erschließungs-

beitrages...Die Beitragspflicht entsteht kraft Gesetzes mit der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlage...

Die Feststellung, ob eine Beitragspflicht entstanden ist, trifft alleine der Bezirk. Die Straßenbauakten lassen nach Auskunft des Bezirksamtes Reinickendorf jedenfalls nicht erkennen, dass die Schulzendorfer Straße bereits früher einmal hergestellt worden war. Lediglich die Beleuchtung sei „in den 30er“ Jahren abgerechnet worden. Die Grundstückseigentümer haben daher seit Jahrzehnten ihre Grundstücke baulich nutzen können, ohne (ausgenommen der Beleuchtung) eine Gegenleistung (Kostenerstattungsprinzip) erbracht zu haben.“

Es schickt der Herr den Jockel aus

Erinnerungen an Harald Poelchau / von Werner Wüste

Wenn ich ihm doch schreiben könnte! Und wenn ich lediglich die eine meiner vielen Fragen beantwortet bekäme: Welche Bedeutung für ihn wohl jenes Kinderbuch hatte, das ich, war ich bei ihm zu Besuch, jedesmal hervorkramen durfte.

„Es schickt der Herr den Jockel aus“. Der allerdings schüttelt die Birnen nicht. Nacheinander schickt der Herr Hund, Knüppel, Feuer, Wasser, Kalb, Metzger. Folgenlos. Dann schließlich: den Henker. Der bringt die Reihe in Bewegung.

Harald Poelchaus Leben aber belegt, daß und wie man sich umsichtig, mutig, mit Hilfe von Freunden und Vertrauten, dem Willen der

Macht widersetzen kann.

Als Student in Marburg fand er zu den religiösen Sozialisten. „*Sie meinten, die Stunde fordere eine sozialistische Entscheidung, wenn dem Menschen seine Möglichkeit entfaltet werden solle.*“ Und dann, an der Hochschule für Politik in Berlin gab es „*einen Kreis von jüngeren Industriearbeitern, an dem wir teilnehmen durften. Die dort gewonnenen Freundschaften hielten viele Jahre lang...*“

Einer jener Industriearbeiter war mein Vater, Ernst Wüste. Ihre Freundschaft hielt lebenslang. Christ und Kommunist.

Harald Poelchau, der als Gefängnispfarrer in Tegel und Plötzensee, später auch in Brandenburg, manche Möglichkeit hatte, half nicht nur ihm über die vielen, schweren Jahre seiner Haft, unter permanenter Bedrohung des eigenen Lebens; vielen Hitlergegnern stand er in den letzten Stunden bei, gab ihre Briefe und Grüße weiter, begleitete sie zur Hinrichtung.

Über sein Leben kann man vielfältig nachlesen. Was er in aller Stille während der Naziherrschaft leistete, steht ohne Beispiel da. Ob man es heute wahrhaben will oder nicht: Poelchaus Leben steht für den Satz, daß man als Christ auch Sozialist sein müsse.

Er würde mich adoptieren, wenn die Nazis meiner Mutter das Erziehungsrecht nach der Verhaftung meines Vaters aberkennen würden, hatte er gesagt. Zwar wußte ich damals von all dem fast nichts, nur, daß er den nicht legalen Kontakt zu meinem Vater hielt. Später erfuhr ich, daß er sogar über Pläne für dessen Flucht nachgedacht hat.

Ohne Vater und sehr oft getrennt von der Mutter, wäre meine Kindheit ohne ihn so unendlich viel ärmer und unsicherer gewesen. Seine schützende Hand gab mir Sicherheit.

Danke, Harald.



ERNST WÜSTE AN AN HARALD POELCHAU 02.09.45:

„Ich war kaum in Neukölln angelangt, als mich gleich einige Genossen mit der Frage nach Deinem Schicksal überfielen. Aus den begeisterten Gesprächen über Deine unerschrockene Haltung entnahm ich die große Achtung und Wertschätzung, die Dir die Neuköllner Kommunisten entgegenbrachten. ...“

„Offen gesagt, mir ist im Grunde darum zu tun, endlich aus der tagespolitischen, engen Partekleinarbeit herauszukommen, an der ich nun mal keine reine Freude mehr gewinnen kann ..“

DOROTHEE POELCHAU AN BERTA WÜSTE 28.10.68:

„Ein besonders schönes Geschenk war eine Kasette mit 75 Briefen, die ein Freund gesammelt hatte und in der jeder erzählte, wie er Harald kennengelernt hat oder was er mit ihm erlebt hat und so entstand eine Art Lebensgeschichte. Willst Du nicht auch noch einen Beitrag schreiben? Wir haben doch so viel miteinander erlebt und wir hätten Dich gern dabei!“

HARALD AN ..? 05.03.46

„... dann zu Wüstes, wo wir erheblich Kaffee tranken, den neuen kleinen Ofen besichtigten, den wir in H. für die Wohnstube gekauft haben und den Ernst gelegentlich herüberfahren lassen soll. Ich verabredete dort, daß ich am nächsten Sonntag einen Vortrag über Christentum und Sozialismus dort im Heim halten soll.“

Harald Poelchau mit Nelly Planck und Ehefrau Dorothee in Köln 1972
Bild: Privat/Wüste
Erstveröffentlichung

Zitate im Text aus Harald Poelchau, „Die Ordnung der Bedrängten“



Harald Poelchau

5. Oktober 1903 -
29. April 1972

1922-27 Studium der Theologie in Bethel, Tübingen, Marburg, Berlin und Breslau

1927-28 Wohlfahrtsschule der Hochschule für Politik Berlin, Staatliche Fürsorgeprüfung

1928-30 Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichtshilfe in Berlin

1933-45 Strafanstaltspfarrer in Berlin-Tegel und zeitweilig in Plötzensee und Brandenburg

1941-44 Mitarbeit im Kreisauer Kreis

1946-48 Vortragender Rat für Gefängniswesen bei der zentralen Justizverwaltung der SBZ / Lehrauftrag an der HU

1949-51 Gefängnispfarrer in Tegel

1951-72 Sozialpfarrer der evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg

1972 Verleihung der Yad-Vashem-Medaille der Gerechten der Völker

(1964) „... machen sich Spannungen bemerkbar, unter denen wir im westlichen Deutschland z.Zt. stehen. Ich sehe sie in dem immer stärkeren Anwachsen von verhärteten Traditionen kirchlicher und militärischer Kreise, die die freie Entfaltung schöpferischen Denkens und die Weitergabe von Verantwortung an eine breitere Schicht immer mehr verhindern.“

Aus Haralds Rundbriefen/Jahresberichten

Die Zahl der Kriegerdenkmäler verhält sich zur Zahl der Heine-Denkmal wie das Verhältnis von Macht zum Geist.
(Kurt Tucholsky, Deutschland, Deutschland über alles, 1929)

Am Rande Kulturkampf?

Ein Denkmal, denke mal

Der Krieg, in den Theodor Körner zog

Deutschland hat viele Kriegerdenkmäler. Die meisten haben den gleichen Mangel: Sie dokumentieren nicht, wie erschreckend groß die Opfer tatsächlich waren, die die Bevölkerung des Aufstellungsortes brachte, und sie benennen nicht die Ziele des Krieges, in dem die Opfer starben. Für die Ehre?

Freiheit und die Ehre seiner Nation ist keiner zu gut, wohl aber sind viele zu schlecht dazu.“

Allerdings: Der Krieg, in den der begeisterungsfähige Jüngling zog und in dem er als Lützower Jäger fiel, war der Befreiungskrieg gegen die napoleonische Fremdherrschaft und zugleich ein Kampf für bürgerliche Reformen im eigenen Lande - eine ganz andere Aufgabenstellung als diejenige, mit der im 20. Jahrhundert deutsche Heere in andere Länder einbrachen. Körners Auffassung von der Ehre seiner Nation war konkret und kann sich anstandslos befragen lassen.

Die Pflege des Frohnauer Denkmals ist kürzlich von der Reservistenkameradschaft „Oberst Wilhelm Staehle“ übernommen worden. Oberst Staehle hatte Verbindungen zum (sehr späten) Putschversuch des 17. Juli 1944 gegen Hitler, wurde danach verhaftet und in der Nacht vom 22. auf den 23. April am Lehrter Stadtbahnhof von der SS erschossen. Gefallen für die vorzeitige Beendigung des zweiten Weltkrieges und für die Abwendung seiner schlimmsten Folgen für das deutsche Volk. Ebenfalls eine sehr konkrete Ehrauffassung.

Übrigens: Bei dem Schriftsteller Ehm Welk gibt es einen alten Mann, der hatte im Krieg ein Bein verloren. Das nannte er sein Heldenbein; wenigstens dieses Bein war was Besseres geworden. Er war es trotzdem zufrieden, es nicht bis zum ganzen Helden geschafft zu haben.

Eser

Vorweg: Der freiwillige Religionsunterricht an den Berliner Schulen wird bleiben. Die fast 49 Millionen Euro, die die Stadt sich das kosten lässt, werden nicht gekürzt - trotz des Finanznotstandes. Ungeachtet dessen klagen CDU und FDP: die Religion werde von den Schulen vertrieben. Und das, da Johannes Paul II. gerade verstorben und Deutschland Papstland geworden sei!

Weil nämlich unter dem Namen „Lebenskunde, Ethik und Religionen“ ein „Wertewischwaschi“ als verbindliches Unterrichtsfach eingeführt werden solle. Weil nämlich der Staat keine ethischen Werte setzen dürfe (hat er längst gemacht, nachzulesen im Grundgesetz). Weil nämlich die Jugend feste Werte brauche (auch wenn sie sich nicht daran hielt, wie bei vorehelichem Geschlechtsverkehr und Verhütung). Weil nämlich nur Menschen Werte vermitteln könnten, „die eine Begegnung mit Jesus gehabt haben“. Letzteres ist O-Ton aus der BVV.

Über die Kenntnisse (keine Bekennnisse, die stehen der Schule nicht an), die in dem neuen Fach vermittelt werden sollen, sprach niemand der empörten Damen und Herren. Könnte ja sein, in diesem Fach würde untersucht, welche Werte denn die großen Religionen gemeinsam haben (mit Aha-Effekt!) und welche nicht, die aber eventuell sogar im Grundgesetz stehen. Und was davon derzeit in Wirtschaft und Politik nur Lippenbekenntnis bleibt - und warum.

Was soll das Geschrei? Das sagte (laut Berliner Zeitung) im Abgeordnetenhaus ein Herr von der FDP. Es handele sich um einen Kulturkampf, und den „wollen wir gewinnen“. Ums Gewinnen geht es. Ojeh.

Hans Eser



Das Denkmal für die Gefallenen und Opfer der Weltkriege in der Wiltinger Straße (Frohnau) ist seit kurzem grundsaniert. Vermutlich kriegt es auch den Geleitspruch wieder, den es ursprünglich trug. Der stammt aus einem Brief von Theodor Körner an seinen Vater, in dem er seinen Entschluss begründet, als Freiwilliger in den Krieg zu ziehen. Er lautet: „Zum Opfertode für die

Impressum
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.
Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632
e-mail:
info@pds-reinickendorf.de
internet:
www.pds-reinickendorf.de

Termine

„Mein Tag der Befreiung“- Veranstaltung der VVN/BdA Reinickendorf mit Dr. Fritz Kuske am 19. Mai um 15.00 Uhr.

„Die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie“- öffentliche Mitgliederversammlung mit Kurt Neumann (PDS), Mitarbeiter von Sarah Wagenknecht und Tobias Pflüger (Mitglieder des Europaparlaments), am 21. Mai um 14.00 Uhr.

Beides im „Roten Laden“